



Berliner Wassertisch

Berlin, im Mai 2012

Offener Brief

an den Regierenden Bürgermeister und an den Finanzsenator

Sehr geehrter Herr Wowereit, sehr geehrter Herr Dr. Nußbaum!

Spätestens seit der durch Volksgesetzgebung erzwungenen Veröffentlichung der Verträge ist es öffentliches Wissen, dass bei der Teilprivatisierung gegen geltendes Recht verstoßen wurde: in den Wasserverträgen mit den Konzernen RWE und Veolia wurde vereinbart, dass die Vertragspartner sich aktuell über ein Gerichtsurteil hinwegsetzen und so auch mit eventuellen künftigen Urteilen verfahren wollen.

Solche Vereinbarungen verstoßen eindeutig gegen das **Rechtsstaatsprinzip** und fallen unter Sittenwidrigkeit!

Da es mit der Geheimhaltung dank Volksentscheid von 666.000 Berlinerinnen und Berlinern vorbei ist, behaupten Sie nun, dass die Verträge „wirksam und rechtmäßig“ sind, wie Sie, Herr Senator Nussbaum, am 10.5.2012 vor dem Parlament sagten. Rechtsverstöße lassen sich aber nicht durch ein Machtwort der Chefetage aus der Welt schaffen!

Sie beriefen sich am 10.5. im Parlament auf Ihren „Auftrag“, „dass wir über einen Rückkauf der Anteile von RWE verhandeln“. Einen solchen Auftrag hat, soweit bekannt, weder das Volk noch das Parlament erteilt.

Das Volk hat ein Gesetz beschlossen, das Transparenz herstellt und den Auftrag gibt zu prüfen, ob es bei der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe verfassungsgemäß zugeht. Dazu hat es bisher seitens der Regierung noch nicht den geringsten öffentlich erkennbaren Versuch gegeben, und die Regierungsfractionen im dafür eingesetzten Sonderausschuss tun alles, um eine solche Prüfung zu hintertreiben.

Sie, als Regierende beharren darauf, die sittenwidrigen Verträge bis 2028 weiter zu bedienen, statt bei den offenkundigen Unrechtstatbeständen anzusetzen. Es ist nie gerichtlich festgestellt worden, dass die jetzige gesetzliche Regelung der Teilprivatisierung mit der Verfassung von Berlin vereinbar ist!

Wir fordern Sie, Herr Wowereit, als Regierenden Bürgermeister von Berlin, auf:

- **Stoppen Sie die Verhandlungen mit den Konzernen und hören Sie endlich auf, die Öffentlichkeit zu täuschen!**
- **Fechten Sie die rechtswidrige Gewinngarantie an. Lassen Sie den Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip gerichtlich feststellen!**

Das ist der Auftrag, der sich aus dem Volksentscheid ergibt. Und das ist der „Königsweg“, nach dem Sie im Parlament gerufen haben, Herr Senator Nußbaum!

Mit Ihren „harten Rückkaufsverhandlungen“ haben Sie keineswegs ein für Berlin „günstiges Ergebnis“ erzielt.

Denn Sie haben in Wirklichkeit bereits in Ihrer Ausgangsposition die Interessen der Berliner zugunsten der Privatfirmen verschenkt. Sie wollen den unglaublich hohen Preis von 645 Mio. € an den Essener Konzern RWE zahlen und das, obwohl RWE von 2000 bis 2011 bereits 839 Millionen € erhalten hat. Der komplette Kaufpreis aus dem Jahr 1999 wurde also in 12 Jahren bereits „eingespielt“.

In Wahrheit sind Sie bereit, RWE den hochgerechneten Betrag für Gewinne bis 2028 zu bezahlen. Gewinne, die unrechtmäßig garantiert worden sind.

Ihre Konsequenz ist, dass es bei überhöhten Wasserpreisen bleiben soll. Bestenfalls gleich bleibende Preise stellen Sie den Berlinern in Aussicht. Und das trotz der Abmahnungen des Bundeskartellamtes, das bereits **Preismissbrauch** nachgewiesen hat und deshalb in Kürze **Preissenkung** verfügen wird.

Wie wenig die bisherige Beutegemeinschaft von Senat und Konzernen auf Kosten von uns Berlinern taugt, wird gerade an der jüngsten Entwicklung krass sichtbar. Denn nun kommt Ihnen der andere Konzern VEOLIA in die Quere, weil er seine wirtschaftliche Führung trotz 24,95% Minderheitsanteil gewahrt sehen will.

Auch dieser „Anspruch“ von Veolia ist eine Folge der bereits bestehenden Unrechtstatbestände. Obwohl das Land „Gewährträger“ ist, also haftet, wurden urteilswidrig an die Konzerne Entscheidungsrechte abgetreten, die Körperschaften mit demokratischer Legitimation vorbehalten sind (**Verstoß gegen das Demokratieprinzip**). Auf dem Verhandlungsweg sind solche Missstände, die Sie selbst, Herr Senator, im Parlament beklagt haben, offenbar nicht zu beheben.

Wir fordern Sie auf:

- **Setzen Sie der Klage von Veolia gegen RWE den Anspruch des Landes auf demokratische Legitimation der Entscheidungen über die Wasserbetriebe entgegen!**
- **Sorgen Sie politisch und rechtlich für das Ende der Unrechtsverhältnisse!**

Das ist das Votum der 666.000 Berlinerinnen und Berliner im Volksentscheid!
Wir haben verstanden, dass Rechtmäßigkeit auch zu geringeren Wasserpreisen führt.

Warum wollen nicht endlich auch Sie diese unmissverständliche Botschaft begreifen, Herr Wowereit, Herr Dr. Nußbaum?

Berliner Wassertisch

E-Mail: sprecherteam@berliner-wassertisch.net
Website: berliner-wassertisch.net